§ 7

Der Reichsminister des Innern erläßt die zur Durchführung oder Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

§ 8

(1) Dieses Gesetz tritt am 15. Oktober 1938 in Kraft.

(2) Der Übergang des Verwaltungsbezirks Wien vom ehemals österreichischen Land Tirol auf das ehemals österreichische Land Kärnten (§ 1 Ziffer 1) gilt mit dem 27. Juli 1938 (einstweilige Anordnung des Reichsstatthalters in Österreich, Befehls. f. d. Land Österr. Nr. 286/1938) als vollzogen.

Berlin, den 1. Oktober 1938.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick

Der Stellvertreter des Führers

R. Heß

Brieftaubengesetz.

Vom 1. Oktober 1938.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Wer Brieftauben halten oder Handel mit Brieftauben betreiben will (Brieftaubenhalter), bedarf der Erlaubnis.

(2) Die Erlaubnis darf nur zuverlässigen Personen erteilt werden.

(3) Jeder Brieftaubenhalter muß einer von der Aufsichtsbehörde bestimmten Fachorganisation für das Brieftaubenwesen angehören. Die Fachorganisation untersteht der Aufsicht des Reichsministers des Innern, der sie, soweit die Geschäftsbereiche des Oberkommandos der Wehrmacht und des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft berührt werden, im Einvernehmen mit diesen ausübt.

§ 2

Für bestimmte Gebiete kann das Halten und das Auslassen von Tauben jeglicher Art verboten werden.

§ 3

(1) Jede im Inland gehaltene Brieftaube muß mit einem geschlossenen, nicht dehnbaren Fußring versehen sein, der die Taube und ihre Herkunft kenntlich macht.

(2) Brieftauben dürfen nicht gemeinsam mit anderen Taubenarten in gleichen Schlägen gehalten werden.

§ 4

(1) Jeder Brieftaubenhalter ist verpflichtet, eine Bestandsnachweisung der von ihm gehaltenen Brieftauben zu führen, die auf dem laufenden zu halten ist.

(2) Jeder Brieftaubenhalter ist verpflichtet, der zuständigen Ortspolizeibehörde die Bestandsnachweisung auf Anfordern vorzulegen, Auskunft zu erteilen und seine Brieftauben sowie die Einrichtungen zur Brieftaubenhaltung jederzeit zur Befichtigung bereitzustellen.

§ 5

Wer Brieftauben erwirbt, veräußert oder öffentlich anbietet, ist verpflichtet, unter Angabe der Fußringzeichen Buch darüber zu führen, von wem er Brieftauben erworben und an wen er Brieftauben weiterveräußert hat.

§ 6

(1) Jedermann ist verpflichtet, fremde, ihm zugeflogene, von ihm aus entschuldbarem Versehen getötete oder verletzte sowie tot oder verletzt aufgefundene Brieftauben jeglicher Herkunft nebst Fußring, Melde-

hülsen und dergleichen sowie lose aufgefundenene Brieftaubenfuhringe, Melbehülsen und dergleichen unverzüglich unter Angabe des Sachverhalts bei der nächsten Ortspolizeibehörde abzuliefern. Dasselbe gilt für die Brieftaubenhalter mit der einen Ausnahme, daß sie zugeflogene Brieftauben mit einem Fuhring der deutschen Fachorganisation für das Brieftaubenwesen unmittelbar an diese Organisation zu melden haben.

(2) Jeder Brieftaubenhalter ist verpflichtet, die Polizeibehörde bei Unterbringung, Pflege und Rücksendung dieser lebend eingelieferten Brieftauben auf Anforderung zu unterstützen.

(3) Ausländische Brieftauben sind durch die Ortspolizeibehörde unverzüglich der Heeresbrieftaubenanstalt zu übersenden.

§ 7

(1) Die Einfuhr von Brieftauben ist verboten. Ausnahmen bedürfen der Erlaubnis.

(2) Das Auflassen von im Ausland beheimateten Brieftauben ist nur mit Erlaubnis des Reichsministers des Innern im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht statthaft.

§ 8

Vorschriften der Landesgesetze, nach denen das Recht, Tauben zu halten oder frei umherfliegen zu lassen, beschränkt ist oder nach denen im Freien betroffene Tauben der freien Aneignung oder der Tötung unterliegen, finden auf Brieftauben keine Anwendung.

§ 9

(1) Wer fremde Brieftauben vorsätzlich oder fahrlässig tötet oder verletzt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Haft oder mit Geldstrafe bestraft, soweit die Tat nicht nach anderen Vorschriften mit schwererer Strafe bedroht ist.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderhandelt.

§ 10

Die Bestimmungen der §§ 1, 4 und 5 sowie Verbote nach § 2 gelten nicht für die Brieftaubenschläge der Wehrmacht, der L und der SA der NSDAP , jedoch müssen diese Schläge der Ortspolizeibehörde des Aufstellungsortes gemeldet werden.

§ 11

Die Bestimmungen dieses Gesetzes über Brieftauben gelten auch für die Haltung aller solcher Tauben, die ebenfalls zur Nachrichtenübermittlung verwendet werden können. Die Feststellung der hierzu gehörigen Taubenarten trifft der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und dem Oberkommando der Wehrmacht.

§ 12

(1) Dieses Gesetz tritt am 10. Oktober 1938 in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt treten das Reichsgesetz, betreffend den Schutz der Brieftauben und den Brieftaubenverkehr im Kriege, vom 28. Mai 1894 (Reichsgesetzbl. S. 463) sowie alle Bestimmungen in Landesgesetzen, soweit sie mit den Bestimmungen dieses Gesetzes in Widerspruch stehen, außer Kraft.

(3) Die auf Grund des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 519) zum Schutze gegen die Gefahr der Einschleppung von übertragbaren Seuchen der Haustiere aus dem Auslande erlassenen veterinärpolizeilichen Vorschriften bleiben unberührt.

§ 13

(1) Der Reichsminister des Innern erläßt im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Wehrmacht und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften.

(2) Die Inkraftsetzung dieses Gesetzes für das Land Österreich bleibt vorbehalten.

Berlin, den 1. Oktober 1938.

Der Führer und Reichskanzler

Adolf Hitler

Der Reichsminister des Innern

Frick